

Präsemediiling  
Nr. 125/2023  
Kiel, 07.06.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Eine fantastische Nachricht für die Flensburger Förde

*Die dänische Regierung hat heute bekannt gegeben, dass die Muschelfischerei in der Flensburger Förde verboten wird. Der SSW hatte dieses Teilziel zur Gesundung der Förde in vielen Gesprächen mit dänischen Regierungs- und Oppositionsvertretern und in einer groß angelegten Informationskampagne in Bund und Land energisch voran getrieben.*

Hierzu äußerten sich heute die Flensburger SSW-Abgeordneten Stefan Seidler (MdB) und Christian Dirschauer (MdL).

Stefan Seidler:

"Das ist eine fantastische Nachricht für unsere Flensburger Förde. Zeitweise hatte ich es nicht mehr für möglich gehalten, aber die intensiven Gespräche und Treffen mit der dänischen Regierung als auch die Besuche dänischer Minister bei uns in Flensburg haben gewirkt! Besonders gefreut habe ich mich über den guten Austausch mit dem Fischereiminister Jacob Jensen im April in Kopenhagen. Vielen Dank an ihn, dass er zugehört hat."

Christian Dirschauer:

"Der beharrliche Einsatz des SSW hat sich gelohnt. Das dänische Verbot bedeutet einen entscheidenden Beitrag zur Erholung der Flensburger Förde. Wichtig ist jetzt, dass die Sanierung der Förde weiterbetrieben wird und die avisierten grenzüberschreitenden, kommunalen Projekte zügig eingeleitet werden. Zudem gilt es jetzt mit Nachdruck die weiteren Herausforderungen

anzugehen: Nährstoffeinträge, Munitionslasten und Plastikmüll."

Die Grundschieppnetzerei mache den Meeresboden kaputt und schädige die bodennahen Tiere und Pflanzen, die dabei helfen, die verunreinigte Förde zu regenerieren, erklärten die Flensburger Abgeordneten. Mit dem Verbot sei man nun auch von der dänischen Seite auf eine nachhaltige Lösung eingegangen, die die Wasserqualität in der gemeinsamen Förde retten könne.